

» **Stadtgespräch der WAZ und VHS** Sechs Bundestagskandidaten stellen sich

Billigschnitzel und Herdprämie

CDU und FDP verteidigten Merkels Politik als solide und familienfreundlich. Die Opposition beklagte die Belastung der Kommunen und soziale Ungleichheit

Von Stephanie Weltmann

Es war eine seltene Chance, die sich den Oberhausener Wählern am Montagabend bot: Alle sechs Kandidaten, die hier am 22. September bei der Bundestagswahl ins Rennen gehen, stellten sich drei Stunden lang beim Stadtgespräch im Bert-Brecht-Haus den Fragen der Bürger. Recht aufgeladen war die Diskussion, zu der die WAZ, die VHS und „Arbeit und Leben“ eingeladen hatten: Die 100 Besucher brachten im aufgeheizten Saal ihre Kandidaten mit kritischen Fragen und Zwischenrufen ins Schwitzen.

Für Wahlkampfstimmung sorgte die stets leidenschaftliche Bärbel Höhn: Es reiche nicht, nett und solide auszuschauen wie Kanzlerin Merkel (CDU), die „wie ein Fähnlein im Wind“ beim Atomausstieg agiert habe. „Mit Schwarz-Gelb gibt es Billigschnitzel und Massentierhaltung zulasten der Verbraucher. Wir wollen den Wechsel.“

Dött: Wahlfreiheit für Eltern

Heftig war Höhns Kritik am Betreuungsgeld, das wiederum Marie-Luise Dött (CDU) als Beispiel für gelungene Familienpolitik heranzog: „Man muss die Freiheit haben, zu wählen zwischen Betreuungsformen.“ Merkels Regierung habe sich für einen stabilen Euro, sichere Arbeitsplätze und eine Entlastung der Kommunen eingesetzt.

Dirk Vöpel (SPD) hielt dagegen: Der Bund investiere bei weitem nicht genug in die Kommunen. Im Rat hätten konstruktive Debatten nachgelassen, weil „nur ein Notstand verwaltet wird“. Wer einer klammen Stadt das Sparen diktiere, der „verschreibt einer Mager-süchtigen auch das Fettabsaugen“.

Ein „statistisches Schönreden“ warf Niema Movassat (Linke) der schwarz-gelben Bundesregierung vor. Die soziale Ungerechtigkeit im Land nehme dramatisch zu, weil bei den Ärmsten gespart werde, die Reichsten aber entlastet würden.



Sie wollen ihre Stimme am 22. September zur Bundestagswahl abgeben: Beim „Stadtgespräch“ zeigten fast alle rund 100 Teilnehmer bei der Frage auf, wer schon entschlossen sei, auf jeden Fall wählen zu gehen. FOTO: ULLA EMIG



WAZ-Redaktionsleiter Peter Szymaniak mit Bärbel Höhn und Dirk Vöpel. FOTO: EMIG

Dorothea Dresenkamp (FDP) wehrte sich gegen den Vorwurf, Schwarz-Gelb habe nichts bewegt: „Wir haben Bürokratie abgeschafft und uns für die hiesige Wirtschaft eingesetzt.“ Unternehmerisches Missmanagement wie bei Opel habe man nicht mit Mitteln aus dem Steuerhaushalt unterstützt.

Pirat Andreas Ronig plädierte für Sachpolitik und ist gegen Lagerkämpfe: „Manchmal sind wir auf SPD-Linie und manchmal macht die CDU einen guten Vorschlag.“

Angesprochen wurden noch viele Themen (siehe unten). Einer der Schwerpunkte: Wie bleibt Energie bezahlbar? Morgen in der WAZ.



„Wir haben Bürokratie abgeschafft und uns für die hiesige Wirtschaft eingesetzt.“

Dorothea Dresenkamp, Direktkandidatin der FDP



„Ich mache mir Sorgen über die steigende Anzahl der Wohnungseinbrüche.“

Herbert Konrads, Teilnehmer des Stadtgespräch